

EZB: Zinserhöhung ist ein schwerer Fehler!

Die gestiegene Inflation im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan gerufen. Wegen des Krieges in Nahost und der Sperrung der Straße von Hormus, sind die Energiepreise in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Die Inflation im Euroraum stieg in diesem Zusammenhang im Mai 2026 auf 3,2 Prozent. Ziel der EZB ist eine Inflationsrate von 2,0 Prozent.

Deshalb sah sich die EZB zum Handeln veranlasst und erhöhte am 11. Juni 2026 den Leitzins von 2,0 Prozent auf 2,25 Prozent. Das Kalkül: Höhere Zinsen verteuern Investitionen und bremsen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Bei sinkender Nachfrage können Unternehmen die Preise weniger stark erhöhen – die Inflation wird gedrosselt. Außerdem hofft die EZB auf den psychologischen Effekt, dass Inflationserwartungen der Menschen zurückgehen, wenn die EZB Entschlossenheit gegen Preissteigerungen zeigt.

Doch die Reaktion ist aktionistisch und beruht auf einer falschen Ursachenanalyse: Der heutige Inflationsdruck wird nicht durch überhitzte Arbeitsmärkte oder eine steigende Verbrauchernachfrage verursacht, die es mit Zinserhöhungen zu drosseln gelte. Er spiegelt höhere Energiepreise, geopolitische Konflikte, fragile Lieferketten und – in zunehmendem Maße – die Preissetzungsmacht großer Konzerne wider. Da das Problem nicht in übermäßiger Kreditaufnahme oder übermäßigen Ausgaben liegt, trägt eine Zinserhöhung nicht dazu bei, die Ursachen der Inflation zu bekämpfen.

Anstatt den Zinshammer zu schwenken, wäre mehr Gelassenheit angebracht: Bei der aktuellen Inflationsentwicklung handelt es sich um einen vorübergehenden Preissprung, der sich bei einer veränderten geopolitischen Lage schnell wieder legen kann. Die Nachfrage im Euroraum ist aufgrund des Energiepreisschocks ohnehin gedämpft. Die EZB selbst hat ihre Prognose für

das Wirtschaftswachstum auf 0,8 Prozent nach unten korrigiert. Die relevanten ökonomischen Eckdaten deuten nicht auf ein Hochschaukeln der Preise hin – etwa aufgrund sehr hoher Lohnforderungen. Das zeigen selbst eigene Daten der EZB ([siehe Grafik](#)). Die Lohnentwicklung ist durch die Krisen schließlich seit Jahren gebremst.

In der aktuellen Situation fügt die Zinserhöhung der Wirtschaft unnötig Schaden zu. Sie verteuert Investitionen, obwohl es mehr Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur und wirtschaftliche Modernisierung braucht. Sie würgt die wirtschaftliche Erholung ab, obwohl wir gerade jetzt Wachstum und Stabilität bräuchten.

Die Entscheidung ist auch aus verteilungspolitischer Perspektive kritikwürdig: Höhere Zinsen beseitigen derzeit die Inflation nicht, sondern verteilen ihre Kosten um: Die einen leiden unter höherer Arbeitslosigkeit, steigender Verschuldung und Haushaltskürzungen. Vermögende und Banken, die auf ihre Bankeinlagen und Reserven höhere Zinsen bekommen, profitieren hingegen.

Statt schädlicher Zinserhöhungen braucht es zielgenaue Instrumente, die Ursachen der Preissteigerungen bekämpfen. Der DGB setzt sich für eine Stabilisierung der Tankstellenpreise und zielgenaue Energiekostenentlastung für Betriebe ein. Zudem braucht es eine Übergewinnsteuer, um Mitnahmeverhalten der Mineralölkonglomerate – und damit unnötige Preissteigerungen – zu verhindern. Es muss weiter in erneuerbare Energien investiert werden, um unabhängiger von Preistreiberei zu werden. Auf keinen Fall darf die Bundesregierung einen Sparkurs fahren, der die Wirtschaft noch zusätzlich abwürgt.

